

CDU-Politikerin: Zwei Apotheken, zwei Meinungen

APOTHEKE ADHOC, 02.02.2017 12:54 Uhr



Infobesuch in Hude und Burhave: Die CDU-Abgeordnete Astrid Grotelüschen aus Niedersachsen informierte sich in zwei Apotheken, zeigte sich aber skeptisch zu den Chancen des Rx-Versandverbots. Foto: Alte Raben Apotheke

Berlin - Gleich zwei Apotheken an einem Tag besuchte die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen aus Niedersachsen, um über die Folgen und Konsequenzen aus dem EuGH-Urteil vom 19. Oktober zu diskutieren. Eines ist für sie klar: Apotheken vor Ort müssen erhalten bleiben. Ob das von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) vorgeschlagene Rx-Versandverbot die richtige und einzige Antwort ist, ließ sie aber offen.

Grotelüschen vertritt für die CDU den Wahlkreis 28 Delmenhorst/Wesermarsch/Oldenburg-Land westlich von Bremen. Die 52-jährige gebürtige Kölnerin sitzt für die CDU im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und im EU-Ausschuss. Beim Besuch in der Alte-Raben-Apotheke in Hude machte Grotelüschen klar: „Apotheken sind für mich ein Stück Infrastruktur, gehören für mich genauso dazu wie Arzt und Supermarkt.“ Apotheken müssten wettbewerbsfähig bleiben, „weil sie unschätzbare Zusatzleistungen, wie zum Beispiel Notdienste vorhalten“.

Mit einem EuGH-Urteil sei die Rx-Preisbindung aufgebrochen worden. Dies schwäche den stationären Handel, argumentierte Inhaberin Silke Langer: „Unser Sockel sind die rezeptpflichtigen Medikamente, mit denen wir 80 Prozent unseres Umsatzes machen.“

Sie habe viele Briefe zum Thema Preisbindung und Online-Handel bekommen, sagte Grotelüschen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete versprach, das Thema nach Berlin mitzunehmen und für eine Mehrheit zu werben. Denn Gröhes Rx-Versandverbot finde in der Koalition bisher noch keine Mehrheit. Sie mache sich Sorgen, dass eines Tages die Apotheke im ländlichen Raum fehle. „Die Kunden sollten ihre Wertschätzung für die hohe Qualität und den guten Service vor Ort wertschätzen“, warb Grotelüschen für ein Umdenken bei den Verbrauchern.

In der Strandapotheke in Burhave setzte Grotelüschen ihre Infotour fort. Inhaberin Britta Friedrich wies die Abgeordnete nicht nur auf den Notdienst hin: „Wir beteiligen uns auch am Medikamentationsmanagement und stellen damit sicher, dass Patienten nur Arzneimittel bekommen, die untereinander verträglich sind. Das ist besonders wichtig, zumal viele Menschen bei mehreren Ärzten in Behandlung sind, die nicht immer miteinander kommunizieren.“ Eine Apotheke brauche hohe Umsätze, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Wettbewerbsvorteile im

Bereich verschreibungspflichtiger Medikamente für ausländische Apotheken würden gerade einen sehr umsatzstarken Bereich schwächen. Und: „Was wir hinter den Kulissen einer Apotheke noch alles zu tun haben, wissen die wenigsten“, so Friedrich.

„Bei den Ärzten haben wir zu spät reagiert, das darf uns bei den Apotheken vor Ort nicht passieren. Wir dürfen nicht reagieren, sondern müssen agieren“, mahnte Grotelüschen an. Sie sprach laut einem Bericht der Wesermarsch Zeitung einen weiteren Aspekt an: „Gerade in einer Zeit, in der viele Arztpraxen auf dem Land keinen Nachfolger finden, führt der erste Gang bei kleineren Beschwerden zum Apotheker. Er kann ein wenig die Folgen des Ärztemangels mindern.“

Grotelüschen fordert von der Politik, sich Gedanken über eine langfristige Lösung zur Erhaltung der Apotheken zu machen. Skeptisch zeigte sich die CDU-Abgeordnete aber, den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten in Deutschland generell zu verbieten. Ob das dauerhaft die richtige Lösung ist, sei fraglich, zitiert die Nordwest Zeitung Grotelüschen. Eine politische Lösung des Problems habe sie nicht parat.

Gegenüber APOTHEKE ADHOC formulierte die CDU-Bundestagsabgeordnete ihre Haltung so: „Meines Erachtens liegt mit dem EU-Urteil eine Benachteiligung inländischer Apotheken vor. Gegen diese „Inländerdiskriminierung“ gibt es auf europäischer Ebene kein Mittel. Wohl aber kann diese Schieflage durch nationale Gesetzgebung wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Das ist umso wichtiger, da ich vor allem die Befürchtung vieler Apotheker teile, dass das Urteil mittelfristig auch Auswirkungen auf das Netz lokaler ansässiger Apotheken und damit die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung hat.“

Das könne im Wahlkreis schnell zum großen Problem werden und würde die ohnehin schon angespannte Situation in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten noch verschärfen. Umso besser sei es, dass Bundesminister Gröhe (CDU) bereits angekündigt habe, alles tun zu wollen, um ortsnahe Apotheken zu erhalten. Gröhe wolle den Versand mit rezeptpflichtigen Medikamenten in Deutschland verbieten. Teile der SPD stünden einem Versandhandelsverbot kritisch gegenüber.

Grotelüschen: „Für mich ist klar: Für die inhabergeführten Apotheken vor Ort dürfen aufgrund des Urteils keine Wettbewerbsnachteile entstehen, denn Apotheken sind ein wichtiger Bestandteil einer sicheren und verlässlichen medizinischen Versorgung vor Ort und gehören wie der Hausarzt und der Lebensmittelladen zu einer guten Infrastruktur dazu.“